

Streit um Fahrradsatzung: Jetzt ist guter Rat teuer

Von Thomas Beigang

Auch im dritten Anlauf, sich darüber zu verständigen, ob und wie viel Platz Fahrrädern beim Bau neuer Häuser zusteht, können sich Stadtverwaltung und Stadtvertretung nicht einigen. Ein CDU-Mann greift das Rathaus deshalb an und ein Ratsherr der Linken hat eine neue Idee.

NEUBRANDENBURG. Der Kampf gegen den vermehrten Ausstoß von Kohlendioxid hat in Neubrandenburg schon wieder eine Niederlage erlitten. Die neue Satzung mit dem sperrigen Titel *Fahrradabstellanlagenatzung* ist bei den Stadtvertretern im Stadtentwicklungsausschuss durchgefallen – schon zum rekordverdächtigen dritten Mal. In den Augen der Ratsfrauen und Ratsherren haben auch die Korrekturen und Nachbesserungen, die nach Beratungen zwischen Stadtverwaltung und den beiden großen Vermietern Neuwoges und Neuwoba in die neue Satzung eingearbeitet wurden, keine Gnade gefunden. Mit deutlicher Mehrheit schmeterten die Stadtvertreter die Vorlage ab.

Auch der Rettungsversuch von Neubrandenburgs oberstem Stadtplaner Frank Renner half nichts mehr. Renner hob die Bedeutung der neuen Satzung hervor, mit der die Stadt ihre Kohlendioxidbilanz verbessern könnte. Schließlich sei Neubrandenburg bisher auch eine der wenigen Städte, die sich so eine Satzung leisten wollen.

Im Kern geht es in dem Papier darum, dass in Zukunft jeder Wohnungsneubau in Neubrandenburg über eine Fahrradabstellanlage verfügen muss – ausge-



Eine neue Satzung soll Neubrandenburg auf dem Weg zu einer fahrradfreundlichen Stadt neue Impulse verleihen. Foto: Tim Prahle



Jan Kuhnert von den Linken hat eine Idee.

FOTO: ARCHIV

nommen Einfamilienhäuser oder Häuser mit nur zwei Wohnungen. Die neue Satzung entstammt dem Radverkehrskonzept, das die Neubrandenburger Stadtvertreter im vergangenen Jahr beschlossen hatten. Darin war es insbesondere um die Fahrradfreundlichkeit Neubrandenburgs und die dafür nötigen Verbesserungen gegangen. Denn immerhin – 75 Prozent aller Neubrandenburger würden über ein eigenes Fahrrad verfügen, verrät die Statistik.

Die neue Satzung sieht unter anderem vor, dass für 50 Quadratmeter neue Wohnflä-



Marco Messner (CDU) hat Unfairness ausgemacht.

FOTO: TH. BEIGANG

che ein Abstellplatz für Fahrräder errichtet werden muss. Ein noch größerer Knackpunkt im Streit zwischen Verwaltung und den großen Vermietern der Stadt ist die Größe der Keller. Die neue Satzung fordert wenigstens acht Quadratmeter, um Räder abstellen zu können, für die Neuwoges und die Neuwoba sind fünf Meter völlig ausreichend, machte Neuwoges-Chef Frank Benischke unmissverständlich klar. Müssten sie größer bauen, schlage das mit etwa 25 Cent mehr Miete pro Quadratmeter Wohnfläche im Monat zu Buche.

Der Vertreter der Neubran-

denburger CDU im Stadtentwicklungsausschuss, Marco Messner, kritisierte die Stadtverwaltung für mangelnde Fairness, weil den Stadtvertretern nicht alle Korrekturen am neuen Satzungsentwurf zuvor mitgeteilt wurden und Bernd Lange von der SPD störte die „Willkür“ in dem Papier. Lange machte einen drastischen Vergleich: Wenn man heute ein Gebäude wie ein Hochhaus im Juri-Gagarin-Ring bauen würde, müsste man wohl Fahrradabstellanlagen errichten, die bis in die Ihlenfelder Vorstadt reichen.

Der Vorsitzende des Stadtentwicklungsausschusses, Jan Kuhnert, hat eine Idee. Mit dem Vorschlag, dass sich die Chefs aller Ausschüsse der Stadtvertretung gemeinsam mit dem Vize-Oberbürgermeister Peter Modemann an einen Tisch setzen, um den Gordischen Knoten zu lösen und eine von der Mehrheit zu akzeptierende Fahrradsatzung zu formulieren. „Wir haben doch Zeit“, so Kuhnert, „uns jagt doch niemand“.

Kontakt zum Autor

t.beigang@nordkurier.de